



Am 14.6.2014 war es wieder mal so weit. Im Rahmen der „Regenbogenparade“ gingen tausende Leute auf die Straße, um für die Rechte Homosexueller Menschen gerade zu stehen und ausgiebig zu feiern. Dieses fröhliche Ereignis, das bereits zum 19. Mal in Wien stattgefunden hat, wurde, wie so oft, von einer Gegendemo zum Teil überschattet. Der „Marsch für die Familie“, angeführt von „Plattform Familie“, bewies nun endgültig, dass eine Ansammlung von homophoben Fundamentalist_Innen nicht und nicht und nicht kleinzukriegen ist. Dr. Alfons Adam, Begründer der „Christen Allianz“ und offener Hetzer gegen homosexuelle Menschen führte die Gegendemo an. Abgesehen von den Forderungen der „Plattform Familie“, die schwer nachzuvollziehen und noch schwerer menschlich vertretbar sind (z.B. Abschaffung der eingetragenen Partnerschaft und des Sexualkundeunterrichts, Verbot von Abtreibung, Abschaffung von Kinderkrippen und Einführung eines „Müttergehalts“ und der Abschaffung des Verbotsgesetz etc.), ist diese christlich motivierte Demo, die hauptsächlich aus Faschist_innen und Konservativen bestand, ein Beweis dafür, dass Hetze gegen Minderheiten noch immer toleriert und sogar unterstützt wird.

Geschützt von der Polizei startete die Demo am Stephansplatz und schon dort waren genug Gegendemonstrant_innen um den „Marsch der Familie“ aufzuhalten, wäre nicht das gewöhnt aggressive Verhalten der Polizei, mit dem eine Räumung des Platzes möglich wurde, vorn mit dabei gewesen. Dass der „Arm des Gesetzes“, brutal gegen friedliche Menschen vorgeht, sollte nicht mehr überraschen. Dass jedoch gegen offensichtliche Faschist_innen (dabei auch Neonazis, die zum Teil aus Polen, der Ukraine und der Slowakei waren) die Linke bedrohen, nichts unternommen wird, ist durchaus bedenklich. Schlussendlich verunmöglichte das große Polizeiaufgebot mit Gewalt Aktionen gegen die reaktionären Fundamentalist_innen. Die traurige Bilanz des Tages waren mehrere Identitätsfeststellungen, 5 Festnahmen und Anzeigen mit dem Vorwurf der „Störung einer Kundgebung“, sowie gewalttätige Übergriffe von Seiten der Polizei und der Faschist_innen.